



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 09.03.2022, 17:06 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**"Kitas mit Profil" - Werbekampagne zur Kita-
Fachkräftegewinnung
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBMin Schmetz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Digital zugeschaltet sind Stadträtin Shoaleh und Stadtrat Dr. O'Sullivan. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet EBMin **Schmetz** über die aktuelle Situation zur Ukraine und den Geflüchteten vor Ort. Sie spricht von einer menschlichen und völkerrechtlichen Tragödie. Vorwiegend flüchten Frauen und Kinder. Aufrufe der Verwaltung zur Wohnraumsuche seien erfolgt. Sie lobt das große Engagement und die Hilfsbereitschaft in der Bürgerschaft, viel sei bisher privat organisiert worden. Eine Arbeitsgruppe, unter der Federführung des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport habe die Arbeit aufgenommen und kann auf bewährte Strukturen zurückgreifen. Der Fachbereich Bürgerdienste sei für die Meldethematik zuständig. Durch ein Staatsabkommen sei geregelt, dass Bürger der Ukraine ohne Visum einreisen und für die Dauer von drei Monaten bleiben können. Sie können einen Antrag auf Asyl oder Niederlassung stellen. Man stehe in Absprache und Austausch mit dem Landkreis und den Nachbarkommunen. Informationen gibt es unter anderem auf der Homepage, Hotline, E-Mail-Adresse. Weiter geht EBMin Schmetz auf die Sachspenden und auf die aufwendige Logistik sowie die begrenzten Lagermöglichkeiten ein. Möglichkeiten und Bedürfnisse sollen gemeldet werden, so ihr Aufruf. Sie dankt allen Beteiligten.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** schließt sich dem Dank an. Die Verwaltung habe sehr schnell und gut reagiert. Die Mandatsträger sollen Verantwortung übernehmen und mithelfen. Jeder könne einen Beitrag leisten, um die Not der Geflüchteten zu lindern. Ludwigsburg habe eine gute Hilfeinfrastruktur, auf die zurückgegriffen werden kann.

Stadtrat **Meyer** dankt auch und merkt an, dass dringend die nächsten Schritte, wie Sprachkurse, Spielgruppen sowie Aufnahme der Kinder in Kitas und Schulen vorbereitet werden müssen. Auch die Traumata der Kinder und die Sorge um die Männer, Väter und Söhne müsse beachtet werden.

Ebenso ihren Dank spricht Stadträtin **Moersch** aus und lobt das großartige Engagement und Mitgefühl in der Bürgerschaft sowie die starke Stadtgesellschaft, worauf sie sehr stolz sei. Die Strukturen seien vorhanden und greifen.

TOP 1 **"Kitas mit Profil" - Werbekampagne zur Kita-
Fachkräftegewinnung
- mündlicher Bericht**

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** schätzt die guten Strukturen auf vielen Ebenen und dankt auch. Hierauf könne man schnell zurückgreifen. Eine Rückkehr in die Ukraine sei momentan nicht absehbar. Viele wollen schnell wieder zurück. Die Spendenbereitschaft sei groß und Spendenaktionen müssen gut organisiert werden. Man müsse dies gut kommunizieren und kanalisieren und hierüber in einer Presseveröffentlichung informieren.

Sachspenden seien notwendig, merkt Stadtrat **Heer** an. Er wünscht eine Integration in die Stadtgesellschaft und eine gewisse Selbständigkeit, auch durch Arbeitsplätze. Er regt eine Belegung der Flüchtlingsunterkünfte an.

Stadträtin **Schmidt** lobt die schnelle und solidarische Reaktion der Stadt. Das Thema verbreite Verzweiflung und Angst und sie beruhige das Vorgehen der Verwaltung.

Die Stadt stehe im engen Austausch mit allen Trägern von Kindertageseinrichtungen und dem Schulamt sowie hinsichtlich der Deutschkurse mit der Vhs. Es werden unterschiedliche Angebote vorbereitet, so EBMin **Schmetz**. Den Hinweis zu den Presseveröffentlichungen zu Spendenaktionen nimmt sie gerne mit.

EBMin **Schmetz** ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Der Fachkräftemangel im Kita-Bereich sei eine große Herausforderung und die Zahlen und Prognosen seien alarmierend. Es sei wichtig, dass sich die Träger nicht gegenseitig die Fachkräfte abwerben, sondern dass alle an einem Strang ziehen, so EBMin Schmetz. Mit der Kampagne werden die Vorteile des gesamten Kita-Standortes herausgestellt.

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie berichten über die Kampagne anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** lobt den gut gelungenen Auftritt. Die Internetseite mit Foto der direkten Ansprechperson sei sehr ansprechend. Sie interessiert der Rücklauf und der Benefit für die einzelnen Träger. Sie wünscht eine Evaluation nach einem Jahr.

Stadtrat **Meyer** schließt sich der Vorrednerin an. Die Plattform sei gut. Die gemeinsame Positionierung strahle eine gewisse Bedeutung aus. Weitere Initiativen im Ausbildungsbereich, wie Werbung an den örtlichen Schulen mit Infoständen sollen angedacht werden. Im Jahre 2019 haben man ein Maßnahmenprogramm beraten. Hierzu wünscht er Informationen zum aktuellen Stand. Buswerbung solle über mehrere Jahre erfolgen, da der Aufwand für die Folie sehr hoch sei. Weiter spricht er das Thema Wohnraum an.

Die Berufsgruppe sei stark umworben, so Stadträtin **Moersch**. Man stehe in direkter Konkurrenz zu anderen Kommunen. Die gute Werbekampagne sei wichtig. Schulabgänger sollen beworben werden. Der Jugendgemeinderat könne hier unterstützen. Eine Rückmeldung zum Erfolg der Kampagne werde ebenso gewünscht. Eine direkte, sichtbare Ansprechperson sei gut. Sie regt ebenso eine Vorstellung der jeweiligen Einrichtungsleitungen an. Sie fragt, ob die Kampagne zeitlich limitiert sei.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** erinnert, dass nicht nur Fachkräfte, sondern auch Betreuungsplätze dringend gesucht werden. Die Kampagne sei breit aufgestellt. Viele Institutionen ziehen an einem **TOP 1**

**"Kitas mit Profil" - Werbekampagne zur Kita-Fachkräftegewinnung
- mündlicher Bericht**

Strang. Die Werbung und Aktionen seien zeitgemäß und ansprechend. Er regt weitere Aktionen, wie Stände am Marktplatz und bei Festivitäten an. Den Abgängern der Schulen und den Hochschulen sollen attraktive Angebote gemacht werden. Weiter könne er sich eine Werbung im regionalen Radiosender vorstellen. Man solle effektiv auf die Entscheidungsphasen eingehen.

Die Kampagne sei kreativ und ansprechend, lobt Stadtrat **Heer**. Wieder- und Quereinsteiger seien gewünscht und werden hierdurch ebenso angesprochen. Die Akademisierung in diesem Berufszweig habe zugenommen. Dies habe auch finanzielle Auswirkungen. Der Fachkräftemangel sei eine bundesweite Problematik. Weiter geht er auf die Zuschüsse für die Einrichtungen ein.

Stadträtin **Schmidt** lobt ebenso die gelungene Kampagne. Der Faktor Wohnraum müsse dringend verbessert werden. Viele externe Bewerbungen scheitern häufig an fehlenden Wohnungen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach der Bespielung der Ausbildungsmessen. Zudem wünscht sie Informationen zur Anzahl der Homepagezugriffe und Social Media. Hierüber sei der Erfolg der Kampagne messbar.

Die Werbekampagne laufe auf unterschiedlichen Ebenen mit verschiedenen Laufzeiten, so der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Die Verbreitung der Accounts und der Bekanntheitsgrad der Homepage müsse gesteigert werden. Der Hinweis für die Buswerbung werde mitgenommen.

Eine Evaluation sei zum Jahresende geplant, so EBMin **Schmetz**. Vor der Sommerpause werde über den Stand der Punkte aus dem Maßnahmenkatalog berichtet. Ein Teil der Kampagne, wie der Instagram Account, sei unbefristet. Lange sei Ludwigsburg beim Fachkräftemangel verschont geblieben. Die Pädagogische Hochschule, Evangelische Hochschule sowie die Mathilde-Planck-Schule und die Fachschule St. Loreto sorgten immer wieder dafür, dass junge Berufsanfänger in Ludwigsburg eine Stelle angetreten haben. Bisher habe man auf die Ausbildung und den Ausbau der Ausbildungsschulen gesetzt. Die Nachfrage nach der Ausbildung müsse weiter gesteigert werden. Eine Bezahlung erfolge nicht nach dem akademischen Grad, sondern nach der Funktion. Dies sei ein demotivierender Faktor. Die Zuschüsse und Förderungen der Kindertagesstätten seien gesetzlich geregelt und die Verträge befristet. Hierüber werde zu einem späteren Zeitpunkt beraten. Die Messen seien bei der Kampagne inbegriffen.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2

Bericht aus der Schulsozialarbeit in Ludwigsburg - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das trägerübergreifende Thema ein.

Es erfolgt ein Bericht zur Schulsozialarbeit durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie und einer **Vertreterin** der evangelischen Jugendarbeit sowie einem **Vertreter** der Caritas anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** dankt allen Beteiligten für das Engagement und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht von einem Erfolgsmodell. Der Landkreis sei gut ausgestattet. Die gesetzliche Verankerung habe sich zudem positiv entwickelt. Jedoch sehe sie die geteilten Aufträge als nicht sinnvoll an. Die gute Kooperation solle weitergeführt werden. Die Kinder und Jugendlichen sollen sich an der Schule gut weiterentwickeln. Die Schulsozialarbeit bewerte nicht, das sei ein Vorteil.

Stadtrat **Meyer** dankt allen Beteiligten. Die Bedeutung der Schulsozialarbeit sei erkannt worden, auch um coronabedingte Defizite zu erkennen. Wichtig sei ihm nicht nur die Vermittlung in weitere therapeutische Bereiche, sondern auch zu den Angeboten in der Stadt. Hier solle die Kooperation weiter ausgebaut werden.

Stadträtin **Moersch** spricht ebenso ihren Dank aus. Die Schulsozialarbeit sei für die Schulgemeinschaft unverzichtbar und die Leistung großartig. Der Stellenwert habe stark zugenommen. Die Pandemie sei eine große Herausforderung in der Arbeit. Auf die Schüler werde ganzheitlich geblickt. Sie geht auf den Antrag ihrer Fraktion ein und wünscht einen Komplettausbau an allen Schulen.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt dem gesamten Team für die tägliche Arbeit. Die Qualität und der Stellenwert der Schulsozialarbeit sei gestiegen, leider auch die Bedarfe. Die Arbeit sei unverzichtbar. Die Akzeptanz und das Bewusstsein in der Bevölkerung müsse noch gesteigert

werden. Informationen über die Arbeit sei ihm wichtig.

Anfangs habe es einen Abstimmungsbedarf gegeben, merkt Stadtrat **Heer** an. Er spricht aus eigener Erfahrung. Die Schulsozialarbeit sei an allen Schulen dringend notwendig und unerlässlich. Die Schulsozialarbeit sei ein wichtiges Bindeglied zwischen Eltern, Lehrern und Schülern und wirkt in den Stadtteil hinein. Mehr Schulsozialarbeit bringe weniger Konflikte, so sein Fazit.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 3

Trägerschaft der Schulsozialarbeit an der Friedrich-von-Keller-Schule

Vorl.Nr. 015/22

Beschluss:

1. Ab dem 01.04.2022 geht die Trägerschaft der Schulsozialarbeit vom Förder- und Freundeskreis der Friedrich von Keller Schule (50 % VZÄ) an die Stadt Ludwigsburg über.
2. Vorhandenes Personal wird mit allen Rechten und Pflichten in die Stadt Ludwigsburg übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** geht auf die Vorlage ein.

Auf eine Aussprache wird verzichtet. EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 4

Geschäftsordnung Integrationsrat (Vorberatung)

Vorl.Nr. 045/22

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt die „Geschäftsordnung des Integrationsrates der Stadt Ludwigsburg“ in der Fassung vom 04.11.2021 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet EBMIn **Schmetz** die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt allen Beteiligten.

Der Integrationsrat sei eine institutionalisierte Form der Bürgerbeteiligung und ein weiterer Baustein für die Stadtgesellschaft, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan** und schließt sich dem Dank der Vorrednerin an.

EBMin **Schmetz** schließt sich dem Dank, wie auch das gesamte Gremium, ebenso an und lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

Einsparungen im Programm KiFa (Kinder- und Familienbildung)

Vorl.Nr. 005/22

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen werden umgesetzt und das Programm KiFa weiter fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein.

Ein **Sprecher** des Integrationsrats geht auf die Wichtigkeit des Programmes ein und weist auf die eingereichte Stellungnahme hin.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** stimmt der Vorlage zu. Jedoch wünscht sie sich langfristig wieder eine Ausweitung und schließt sich der Stellungnahme des Integrationsrats an. Sie dankt allen Beteiligten,

vor allem den Ehrenamtlichen. Sie fragt, ob eine Einsparung bei den Sachkosten möglich sei und diese durch Spenden aufgefangen werden könne.

Stadtrat **Meyer** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Trotz der Notwendigkeit von Einsparungen kann das Programm weitergeführt werden. Sofern der Haushalt es zulasse, solle wieder erweitert werden. Er erinnert an das diesjährige Jubiläumsjahr.

Das Programm sei jeden Cent wert und habe sich gut bewährt, meint Stadträtin **Moersch**. Der Erhalt sei ihr eine Herzensangelegenheit. Sie dankt den Beteiligten und den vielen Ehrenamtlichen. Die Vorlage sei gut, Kosten konnten reduziert werden. Sobald möglich, solle eine Ausweitung erfolgen.

Das gute und erfolgreiche Programm nicht zu beenden sei richtig, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Trotz Kosteneinsparung könne das Projekt weitergeführt werden. Er wird der Vorlage zustimmen. Bei einer besseren Finanzlage solle das Projekt wieder aufgestockt werden. Er fragt nach den unterschiedlichen Kurs- und Qualifikationskosten und der Verwendung der Fachkraftstelle.

Stadtrat **Heer** schließt sich den Fragen des Vorredners an und fragt weiter, ob eine zeitliche Befristung von zwei Jahren möglich sei.

Stadträtin **Schmidt** wird der Vorlage nicht zustimmen. Die Einsparungen in diesem Bereich gehen in die falsche Richtung, vor allem in der jetzigen Zeit.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die offenen Fragen ein. Die Kosten belaufen sich in gleicher Höhe, sie werden lediglich auf anderen Kostenstellen geführt.

EBMin **Schmetz** ergänzt, dass eine Befristung nicht gewollt sei, da die Koordinationsstelle dann ebenso befristet werden müsse. Mit den Haushaltsberatungen werde das Projekt jährlich betrachtet. Die Fachkräfte werden in den Pool integriert und von den Einrichtungen absorbiert. Sie lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 6

Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im nördlichen Sportpark Ost

Vorl.Nr. 044/22

Beschlussvorschlag:

1. Flächenprogramm
Der Bildungs- und Sozialausschuss beschließt das Flächenprogramm zur Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im nördlichen Sportpark gemäß Anlage 1.
2. Ausarbeitung Entwurfsplanung und Vorbereitung eines Entwurfs- und Baubeschlusses
Zur Vorbereitung eines Entwurfs- und Baubeschlusses beauftragt der Mobilitäts- und Umweltausschuss die Stadtverwaltung, die Entwurfsplanung der Sportflächen gemäß Anlage 1 im nördlichen Sportpark Ost auszuarbeiten. Dabei ist zum Schutze des organisierten Sports eine Zug-um-Zug-Umsetzung zu gewährleisten, die die Belange des Sports in der zeitlichen Abfolge angemessen berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, ein. Er bedankt sich beim Stadtverband für Sport und bei den Vereinen für das Engagement.

Die Vereine sehen die Idee als zukunftsgerichtet an, die den Kindern und Jugendlichen gerecht werde. Sie haben viel Engagement investiert und seien dankbar für den offenen Dialog, so die erste **Vorsitzende** des Stadtverbandes für Sport.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht schon das Parkhaus als überflüssig an. Das Mobilitätsverhalten müsse sich ändern. Parkplätze können eingespart werden. Sie sieht es als Aufgabe der Vereine an, ihre Mitglieder zu sensibilisieren. Nicht jeder müsse mit dem Auto zum Sport fahren. Das Gebiet Fuchshof könne gut ohne Autos auskommen, meint sie. Flächen sollen für Kinder und Jugendliche sicher beispielbar gemacht werden. Sie werde der Vorlage zustimmen.

Die Parkgarage sei vorwiegend für das Wohnquartier gedacht und nicht ausschließlich für den Sport, ergänzt EBMin **Schmetz**.

Stadtrat **Klotz** lobt die erarbeitete Lösung. Er kritisiert jedoch die Herausnahme des nördlichen Teilbereiches. Es profitieren lediglich zwei Vereine. Er wünscht eine detaillierte Aufschlüsselung der Kosten für die Sportflächen. Dies solle im Ausschuss für Mobilität und Umwelt beraten werden. Weiter fragt er nach den Flächen für den vereinsungebundenen Sport und die weiteren Vereine. Eine rechtsverbindliche Zusage durch die Stadt sieht er als nicht möglich an.

Stadtrat **Dengel** wird heute der Vorlage nicht zustimmen, da es noch weiteren Beratungsbedarf gebe. Insbesondere fragt er nach den Flächen für die weiteren Vereine.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** spricht den Flächenbedarf für den Schulsport an. Er plädiert außerdem dafür, anstatt des Wasserkunstrasens für Hockey und Fußball einen günstigeren Tartanbelag zu wählen. Dieser könne von mehreren Sportarten multifunktional genutzt werden. Die Bewässerung des Rasens in einer Halle sei zudem unökologisch. Ein Parkplatz sei notwendig, da

TOP 6

Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im nördlichen Sportpark Ost

Vorl.Nr. 044/22

auch auswärtige Vereine anreisen oder Sportgeräte mitgebracht werden. Die Beachvolleyplätze werden zu hohen Kosten verlegt. Hier wünscht er eine kostengünstigere Alternative. Weiter geht er auf die Ausgangsplanungen mit einer Finnenbahn und 1/3 für Sport, Grün, Wohnen, ein. Er wünscht Freiflächen für weitere Nutzer. Man habe sich ein Gesamtprojekt für den gesamten Ludwigsburger Sport, auch den informellen Sport, gewünscht. Er sieht die heutige Vorlage als nicht beschlussfähig an. Die Tagung des Beirats des Stadtverbandes für Sport solle abgewartet werden. Es habe noch kein Ausgleich zwischen Sportarten, Sportangeboten und Interessen sowie den jeweiligen Ansprüchen stattgefunden.

Stadtrat **Heer** signalisiert seine Zustimmung. Der vorliegende Vorschlag sei gut. Ludwigsburg sei eine Sportstadt und an dieser Stelle durch große Vereine und einem großen Angebot konzentriert. Das Parkhaus sei für die Vereine, das Publikum und das angrenzende Wohngebiet notwendig. Am Wochenende kommen zudem viele Auswärtige. Er weist zudem auf die Behindertensportgruppen und den Transport von Sportgeräten hin. Für den vereinsungebundenen Sport sieht er noch Handlungsbedarf, auch ergänzend für die weiteren Stadtteile.

Stadträtin **Schmidt** sieht ebenso noch Klärungsbedarf.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die offenen Fragen und die Gesamtplanung ein. Es seien auch Flächen für den nichtorganisierten Sport eingeplant. Die Vergrößerung und Verlegung des Skaterparks sei ein Signal an den nichtorganisierten Sport. Der Sportplatz sei zudem an den Verein verpachtet. Das Parkraum- und Mobilitätskonzept, auch das Parkhaus als Teil des Konzeptes, sei im Ausschuss für Stadtplanung, Hochbau und Liegenschaften beschlossen worden. Der Auftrag aus der Vorlage Nr. 352/19 sei die Eruierung des organisierten Sportes mit dem Parkhaus gewesen. Diesem Auftrag sei man gefolgt. Er geht auf die Historie und die Fusionierung der Vereine ein. Die Flächen seien gemeinsam entwickelt worden. Der MTV und der HCL gehen mit dem jetzigen Vorschlag mit. Die Rechtsverbindlichkeit sei den Vereinen wichtig. Dies könne durch einen Beschluss erfolgen. Die Bauherren der Kalthalle seien die Vereine. Schulsport sei dort möglich. Die Planung südlich wurde aufgrund der Übersichtlichkeit nicht in die Vorlage aufgenommen. Der Auftrag belief sich auf das nördliche Gebiet. Das Parkhaus decke hauptsächlich den Bedarf für das Wohngebiet ab. Weiter geht er auf die Verlegung der Beachvolleyballfelder ein. Die Planungen sehen an dieser Stelle eine Grünfläche mit Spiel- und Sportflächen für Kinder und Familien und einen Rückbau der Tennisplätze und des Tartanfeldes, vor.

Das Parkhaus habe eine lärmabschirmende Wirkung für den Beachvolleyball, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung. Er geht weiter auf die zusammenhängende Fläche der grünen Fuge ein. Die Kosten können erst nach der Entwurfsplanung genannt werden, bisher gebe es nur grobe Schätzungen.

Stadtrat **Meyer** kann heute der Vorlage nicht zustimmen. Das Parkhaus sei im Rahmen der Wohnbebauung vereinbart. Eine Rechtsverbindlichkeit für die Vereine sei bisher bei keiner anderen Maßnahme erfolgt. Der südliche Bereich werde ebenso kostspielig und weist auf die derzeitige Haushaltslage hin.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** spricht sich für eine Vertagung aus. Er wünscht eine Beteiligung der weiteren Vereine, des Jugendgemeinderates und des Stadtteilausschusses Ost.

Während des Beratungsverlaufes stellt EBMin **Schmetz** fest, dass noch Klärungsbedarf besteht und heute keine Beschlussfassung erfolge.

TOP 7

**Antrag auf Sondermittel aus dem Fonds
Jugend, Bildung, Zukunft des Friedrich-Schiller-
Gymnasiums Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 065/22

Beschluss:

Das Friedrich-Schiller-Gymnasium Ludwigsburg erhält für die Durchführung von Kunst- und

Theaterangeboten im Rahmen des Programms „Kulturschule Baden-Württemberg“ mit der Kunstschule Labyrinth als Kooperationspartnerin für das Schuljahr 2021/2022 Sondermittel aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft in Höhe von 10.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** geht auf die Vorlage ein. Nach einer kurzen Einführung eröffnet sie die Aussprache. Für die Fondsmittel habe es bereits einige Nachfragen gegeben. Zwei Anträge für ein Training zur Selbstbehauptung sowie Körperbeherrschung seien bereits bewilligt. Drei weitere Anträge seien in Bearbeitung. Der vorliegende Antrag liege aufgrund der Höhe in der Zuständigkeit des Gremiums.

Das Projekt sei gut und förderungsfähig, so Stadtrat **Meyer**. Jedoch fragt er, warum der Antrag für einen zurückliegenden Zeitraum gestellt werde und das Projekt bereits laufe. Weiter fragt er nach der Höhe der Stundensätze. Er regt eine Deckelung der Stundensätze an.

Stadträtin **Shoaleh** schließt sich dem Vorredner an. Sie fragt nach einem Konzept, wie die Zielgruppe der Kinder aus bildungsfernen Familien erreicht werden können.

Die Arbeit und Kooperationsfülle sei gut, so Stadträtin **Moersch**. Die Fondsmittel in Kunst und Kultur zu investieren sei sinnvoll. Kinder erfahren durch den Kontakt zur Kunst eine Sensibilisierung und Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere in der jetzigen Zeit. Sie stimmt dem Antrag gerne zu.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** geht mit der Vorrednerin mit und wird ebenso zustimmen. Kooperation und kulturelle Projekte seien wichtig. Er fragt nach dem Finanzierungsschlüssel und geht weiter auf das Angebot für den Ganztageszug ein. Dies stehe in der Verantwortung des Landes. Die Lerndefizite müssen ebenso im Kernunterricht aufgebaut werden.

Stadtrat **Heer** geht ebenso auf die rückwirkende Finanzierung ein und fragt nach der künftigen Handhabung.

Das Angebot sei ergänzend zur Ganztagsstruktur, so EBMin **Schmetz**. Eine Deckelung der Stundensätze sei in den Richtlinien festgelegt. Es liege hier eine professionelle Kooperation zugrunde.

Ein **Vertreter** des Friedrich-Schiller-Gymnasiums geht auf die offenen Fragen ein und erläutert das Projekt. Durch diverse Stiftungen und Spenden aus der Privatwirtschaft konnte in der Vergangenheit das Projekt finanziert werden. Pandemiebedingt habe sich die Rezertifizierung der Kulturschule verzögert. Ab 2023 gebe es einen Kulturfonds. Für dieses Jahr gebe es eine Finanzierungslücke. Die bereits ausgegebenen Gelder seien durch den Förderverein ausgelegt

TOP 7

**Antrag auf Sondermittel aus dem Fonds
Jugend, Bildung, Zukunft des Friedrich-Schiller-
Gymnasiums Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 065/22

worden. Man wollte nicht bis zum Jahr 2023 abwarten. Durch die Pandemie fehle den Kindern sehr viel. Die Kinder brauchen diese Angebote und sie wollen an Kunstprojekten teilnehmen. Er spreche direkt die Schüler an, insbesondere Kinder aus bildungsfernen Familien. Weiter bietet er seine Unterstützung, durch das Russischprofil an der Schule, im Rahmen der Flüchtlingsarbeit an. Zudem könne bei der Berufsinformesse an der Schule Werbung für Kitakräfte gemacht werden.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Im Anschluss findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.